

Gesellschaft und Kultur der siebziger Jahre: Einführung und Überblick

Im Unterschied zu den fünfziger (Faulstich 2002) und vor allem den sechziger Jahren (Faulstich 2003) scheint das Jahrzehnt der siebziger Jahre auf den ersten Blick kein ausgeprägtes Profil zu haben. Markus Caspers beispielsweise beschrieb die Dekade zwar als „die letzte stilistisch eigenständige Epoche dieses Jahrhunderts“, charakterisierte sie dann aber nur mit vagen Adjektiven wie „wild und frisch, porentief rein, sexy, ex und hopp“ (1997, 18). Andere Bücher erschöpfen sich in der Aneinanderreihung beliebig erscheinender Bilder aus Mode, Design, Filmen und Fernsehserien oder in der Benennung einzelner neuer Kulturphänomene wie zum Beispiel Playmobil und Plastikschalessitze. Im World Wide Web finden sich wieder Befunde, wie sie ähnlich schon für frühere Epochen vorgestellt worden waren, zum Beispiel heißt es: „Die 70er befanden sich in einer Entscheidungskrise zwischen sozialutopischen Hoffnungen und Umweltkrisen; zwischen Machbarkeitsträumen und Endzeitberechnung.“ Oder die Formeln lauten „Zwischen Protest und Anpassung“, „Rückzug ins Private“, „Entmutigung“ (Glaser 1989) oder „Utopie der Sicherheit – Zeit der Angst“ (Harprecht 1992, 156) oder „the age of glitter in popular culture“ (Waldrep 2000). Für den letztgenannten Band von Shelton Waldrep über die amerikanischen Siebziger ist typisch, daß er sich vergleichend an den Neunzigern, den Sechzigern und den Zwanzigern orientiert; zugleich gibt er nur wenige Überschneidungen der amerikanischen und der bundesdeutschen Kultur der siebziger Jahre zu erkennen. Überhaupt muß man feststellen, daß die Zahl der Überblicke und Gesamtversuche im Vergleich mit anderen Jahrzehnten vergleichsweise niedrig ist. Offensichtlich macht es besondere Schwierigkeiten, Gesellschaft und Kultur der siebziger Jahre in den Griff zu bekommen.

Deshalb sollen einleitend zunächst grob einige zentrale Ereignisse, Schlüsselbegriffe, Eckdaten des Jahrzehnts vorgestellt werden, wie sie von wissenschaftlichen Standardwerken aufbereitet wurden: mit Blick vor allem auf das politische System, ansatzweise auch auf das Wirtschaftssystem und den sozialen Bereich. Naturgemäß muß das auf Stichworte reduziert bleiben, die aber vielleicht doch einen Rahmen skizzieren, der eine holistische Sichtweise befördert. Abschließend wird dann das kulturelle System angesprochen, soweit es nicht in den folgenden Einzelbeiträgen ausführlich und spezifiziert thematisiert ist. Auch für die siebziger Jahre gilt es, den kulturellen Bereich möglichst facettenreich und vollständig in den Blick zu nehmen.

Schlüsselbegriffe der Zeit- und Politikgeschichte

Das politische System zwischen 1970 und 1979 läßt sich vielleicht schon mit drei übergreifenden Schlüsselkategorien ansatzweise charakterisieren (wobei Ereignisse wie die Watergate-Affäre in den USA 1974, die Wende in China nach Maos Tod 1976 oder die Rückkehr Khomeinis in den Iran 1979, deren Folgen die Bundesrepublik Deutschland nur indirekt betrafen, hier ausgelassen werden). Erster und in der politikwissenschaftlichen Fachliteratur auch mit Priorität genannter Schlüsselbegriff ist die *Ostpolitik* Willi Brandts und die sozialdemokratische Bundesregierung insgesamt (Außenpolitik). Nach der großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger ab 1966, die wesentlich zur Außerparlamentarischen Opposition geführt hatte, trat ab 1969 die Sozialliberale Koalition unter Willy Brandt als Hoffnungsträger auf. Dabei schürte vor allem die neue Entspannungs- und Friedenspolitik Brandts die Hoffnungen der Menschen auf eine Überwindung des Ost-West-Konflikts.

Zur Erinnerung: Nach einem vorbereitenden Meinungs austausch zwischen Egon Bahr und dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko über Fragen eines deutsch-sowjetischen Gewaltverzichts wurde 1970 der sogenannte Moskauer Vertrag unterzeichnet, der vom geographischen Status quo ausging, beiderseitige Gewaltverzichtserklärungen enthielt und die bestehenden Grenzen akzeptierte. Das bildete die Basis der neuen Friedenspolitik Brandts, der dafür 1971 den Friedensnobelpreis erhielt. Weitere Stationen der neuen Ostpolitik waren 1970 der Warschauer Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 1971 die Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens, das den Transitverkehr zwischen Berlin-West und der Bundesrepublik erleichterte, und 1972 der Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR, in dem auf Gewalt verzichtet, die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen bekräftigt und die Selbständigkeit der beiden deutschen Staaten anerkannt wurde. 1973 konnten somit BRD und DDR zusammen, als zwei deutsche Staaten, in die UNO aufgenommen werden. Zahlreiche weitere Abkommen zu Einzelfragen folgten, insbesondere 1975 die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die neben dem Gewaltverzicht der Staaten untereinander auch eine wechselseitige Selbstverpflichtung zur Einhaltung humanitärer Normen im Verhältnis zwischen Staatsgewalt und Staatsbürgern enthielt. Durch Unterschiede der Interessen der Weltmächte vor allem in den Ländern der Dritten Welt und eine massive Aufrüstung sowohl bei den Sowjets als auch bei den Amerikanern und schließlich auch der NATO geriet diese Entspannungs politik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre aber zunehmend in die Krise.

Brandt war zu diesem Zeitpunkt längst von der politischen Bühne verschwunden. Nach dem (vor allem wegen der Ostverträge beantragten und dann gescheiterten) Mißtrauensvotum der CDU/CSU-Opposition 1972 war er bei vorgezogenen Neuwahlen zwar wiedergewählt worden, trat 1974 aber zurück, unter anderem weil er die politische Verantwortung dafür übernahm,

daß sein persönlicher Referent Guillaume als DDR-Spion tätig gewesen war. Neuer SPD-Bundeskanzler wurde Helmut Schmidt, der die Friedenspolitik zwar beibehielt, aber doch ganz neue Schwerpunkte setzte. Spätestens hier wurde der Schritt von einer Reform- zu einer Stabilisierungspolitik vollzogen. Die Mitgliederzahlen der SPD waren von 1970 (820 000) kontinuierlich angestiegen und überschritten 1976 kurzzeitig sogar die Millionengrenze. Auch bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980 wurde die sozialliberale Koalition bestätigt. Doch die SPD hatte sich zunehmend zu einem systemstabilisierenden liberalen Konservatismus gewandelt, der die Arbeiter verstärkt zur CDU/CSU trieb und die Intellektuellen und Progressiven zu den neu entstehenden Grünen. Die siebziger Jahre waren parteipolitisch insoweit die Jahre einer sich fortlaufend wandelnden SPD-Politik.

Ein zweiter Schlüsselbegriff der siebziger Jahre war das Prinzip der *Nachhaltigkeit*, vom Club of Rome bis zu den deutschen Vorläufern der späteren Partei Die Grünen (Umweltpolitik). Die Umweltproblematik ist durch eine Reihe spektakulärer Umweltkatastrophen und Bestseller wie „Wie retten wir unsere Erde?“ 1972 von Barbara Ward und René Dubos schon länger bekannt gewesen und wurde nach dem Erscheinen des Club of Rome-Berichts „Die Grenzen des Wachstums“ (1972) bis zum Bericht „Global 2000“ (1980), vom damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter in Auftrag gegeben, auf breiter Front in der westlichen Öffentlichkeit diskutiert. Erstmals konnten hier wissenschaftlich fundiert Zusammenhänge aufgezeigt werden: zwischen wirtschaftlichem Wachstum, der Ausbeutung der Natur und der Rohstoffe, der Explosion der Bevölkerung, dem Nahrungsmangel in der Dritten Welt und der Notwendigkeit von Natur- und Umweltschutz. Die Zahl der Naturkatastrophen in der Welt – Erdbeben, Wirbelstürme, Vulkanausbrüche, Orkane, Flutwellen etc. – und das Ausmaß der entsprechenden Berichterstattung in den Medien stiegen steil an. Das gilt auch für die Umweltkatastrophen des Jahrzehnts. Luftverschmutzung, Wasserverschmutzung durch riesige Öltanker, aber auch die alltägliche Zerstörung der Natur sowie die Geruchs- und Lärmbelastung nahmen zu und riefen verstärkt Proteste hervor. Ein neues Umweltbewußtsein entstand – Nachhaltigkeit bzw. Natur entwickelte sich zu einem zentralen gesellschaftlichen Wert.

Die Akzente waren dabei ganz unterschiedlich: Die einen formierten sich zum politischen, oft auch militanten Widerstand gegen neue Autobahnen, Flugplätze, Kanäle und sonstige Erscheinungsweisen der Beton- und Industriekultur. Andere zielten auf die Erhaltung traditioneller Stadtviertel, den Schutz von Baudenkmälern und architektonischer Substanz, die Ausweisung von Naturschutzgebieten und die Gestaltung von Raumordnungen nach Prinzipien eines humanen Alltagslebens. Manche entschlossen sich zu einem alternativen Lebensstil, von der Wohnung über die Kleidung bis zu Nahrungsaufnahme und Konsumverzicht. Wieder andere organisierten sich im Widerstand gegen gefährliche Fabriken, die Verklappung von Giften in den Weltmeeren oder katastrophale Emissionen bei der Chemieproduktion. Insbesondere ge-

gen den Ausbau der Kernenergie und die Ausweisung von nuklearen Entsorgungslagern formierten sich die Proteste (Wyhl 1972–1975, Kalkar 1976, Brokdorf ab 1977, Gorleben ab 1977). Es war die Zeit der Bürgerinitiativen – Zehntausende von Bürgern schlossen sich in unzähligen Organisationen und Gruppen zusammen, um ihre Anliegen außerhalb von Parteien und Verbänden selbst zu vertreten.

Speziell die Umweltbewegung, verstärkt durch Philosophen und Ökonomen, organisierte sich auch längerfristig: 1971 wurde Greenpeace in Kanada gegründet und brachte seither sich und die fortschreitende Umweltzerstörung durch spektakuläre Aktionen immer wieder in die internationale Öffentlichkeit. 1977 wurde die Umweltschutzpartei Niedersachsens gegründet, dann umbenannt in Grüne Liste Umweltschutz. 1978 gründete Herbert Gruhl die Grüne Aktion Zukunft. 1979 wurden schließlich „Die Grünen“ als politische Vereinigung in Frankfurt ins Leben gerufen. Im selben Jahr gelangten bei den ersten direkten Wahlen zahlreiche Kandidaten der Grünen aus den unterschiedlichsten Ländern in das Europäische Parlament und damit zu politischem Einfluß.

Neben Ostpolitik und Nachhaltigkeit gilt als dritter Schlüsselbegriff der politische *Terrorismus* (Innenpolitik) einschließlich der sogenannten Extremistenfrage. Politischen Terrorismus gab es damals auch in anderen Ländern: in Spanien die ETA, in Nordirland die IRA, in Italien die Roten Brigaden, im Nahen Osten die Volksfront für die Befreiung Palästinas, in Japan die United Red Army und in der Bundesrepublik die Rote Armee Fraktion (RAF). Eine kleine Gruppe Radikaler, die zum Teil aus der Studentenbewegung kamen, hatte es sich zum Ziel gesetzt, den angeblich faschistischen deutschen Staat mit Terrorakten zu destabilisieren, um so einen Volksaufstand herbeizuführen, der zu einer gerechten Gesellschaft führen sollte. Maßgeblich waren unter anderen Andreas Baader, die Journalistin Ulrike Meinhof, die Studentin Gudrun Ensslin und der Rechtsanwalt Horst Mahler („Bader-Meinhof-Gruppe“). Nach ihrer Verhaftung gab es Nachfolge-Organisationen wie die „Bewegung 2. Juni“ und die Revolutionären Zellen. Sie finanzierten sich aus Banküberfällen und ermordeten 1977 unter anderen den Generalbundesanwalt Siegfried Buback, den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank Jürgen Ponto und den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Hanns-Martin Schleyer – also Repräsentanten des bürgerlich-kapitalistischen Establishment.

In engem Zusammenhang mit der von den Medien geschürten allgemeinen Verunsicherung und Angst der Politiker und vieler Bürger vor der terroristischen Gewalt verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Länder 1972 den sogenannten Extremistenbeschluß, auch „Radikalenerlaß“ genannt: Bewerber für den öffentlichen Dienst und Beamte wurden jeweils einzeln auf verfassungsfeindliche Aktivitäten und ihre demokratische Gesinnung überprüft. Dieses Instrument der sogenannten „Berufsverbote“ wurde durchaus repressiv eingesetzt und führte, heftig auch im Ausland kritisiert, zu teilweise absur-

den Urteilen, einer allgemeinen Einschüchterung und demokratiefeindlicher Duckmäuserei. Von 1972 bis 1979 wurden über tausend Bewerber abgelehnt, meist im Bildungssektor. Die Vergiftung des politischen Klimas durch diese Praktiken war markant und umfassend. Erst 1979 wurde auf die Regelanfrage beim Verfassungsschutz verzichtet.

Schlüsselbegriffe der Wirtschaftsgeschichte

Auch im wirtschaftlichen System wurden die Grenzen des Wachstums erkannt. Die Schlüsselbegriffe hier lauten vor allem Ölkrise, Arbeitslosigkeit und Multis. Anschaulich wurden die Thesen des Club of Rome in den beiden *Ölkrisen* des Jahrzehnts. 1973 kam es zu explosionsartigen Ölpreiserhöhungen von 1,5 \$ pro Barrel auf über 10 \$, unter anderem wegen eines arabischen Ölboykotts, der eine Unterstützung Israels durch die westliche Welt verhindern sollte. Spektakulär gingen die Deutschen am autofreien Sonntag auf Autobahnen spazieren. Nachdem in den folgenden Jahren der Ölverbrauch weltweit gleichwohl kontinuierlich anstieg, folgte 1979 ein zweiter Ölschock in Gestalt einer erneuten Preiserhöhung der erdölexportierenden Länder auf 30 \$ pro Faß und einer Drosselung ihrer Förderkapazitäten, um die Nutzung der Ölreserven zu strecken und damit ihre Einnahmen längerfristig zu gewährleisten.

Die Ölkrise erwies sich – strukturelevant – als Energiekrise und hatten enorme politische, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen. Das von der Bundesregierung bereits 1973 beschlossene Energieprogramm drosselte den Erdölanteil zugunsten heimischer Energieträger wie Kohle, favorisierte den Ausbau der Kernenergie und implizierte auch Maßnahmen durch Energieeinsparung und rationellere Nutzung von Energie. Der Energieschock löste eine Weltwirtschaftskrise aus. Die Länder der Dritten Welt verschuldeten sich in gigantischem Ausmaß. Die Inflationsrate in den westlichen Industrieländern verdoppelte sich, in Argentinien und Chile wurden gar mehrere hundert Prozent erreicht. Zugleich verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum erheblich. Die Zahl der Betriebe mit weniger als zwanzig Beschäftigten beispielsweise ging von 52 000 (1970) auf 6000 (1980) zurück. Die Regierung betrieb Krisenmanagement durch Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur, etwa in Form einer Investitionszulage für Unternehmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Das Energieeinsparungsgesetz 1976 verbesserte den Wärmeschutz in Gebäuden. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn 1978 wurden zahlreiche weitere Maßnahmen und Sonderprogramme beschlossen, z.B. steuerliche Erleichterungen für Unternehmen und zusätzliche Ausgaben des Bundes. Aber gegen die grundsätzliche Abhängigkeit der modernen Gesellschaft von begrenzten fossilen Energieträgern wurde kein Patentrezept gefunden.

Mit dem Beginn der wirtschaftlichen Rezession im Herbst 1973 ging die

Vollbeschäftigung zurück, und es entstand eine neue *Arbeitslosigkeit* in der Bundesrepublik. Die Quote stieg von 0,6 % (1970) der zivilen Erwerbspersonen auf 4,2 % (1975), um dann nur wenig zurückzugehen auf 3,4 % (1979); in Zahlen: von 100 000 Arbeitslosen (1970) und 200 000 (1971) über 300 000 (1973) und 600 000 (1974) bis auf 1,1 Million (1975). Neben der Rezession waren strukturell, im Zusammenhang mit der Gesamtveränderung der Gesellschaft, zahlreiche weitere Faktoren dafür verantwortlich: die Automation in der Produktion, bei der menschliche durch maschinelle Arbeit ersetzt wurde (die Zahl der Industrieroboter nahm von 135 im Jahr 1974 auf 1250 im Jahr 1980 zu); zunehmende Qualifikationsanforderungen, denen viele der älteren Arbeitnehmer nicht genügten; der Niedergang des Handwerks und die Umschichtung der Kompetenzen etwa des Meisters von der fachlichen Aufsicht zur betriebspsychologischen Menschenführung; auch das Vordringen der Mikroelektronik, wobei z. B. in der Druckindustrie (bei der Umstellung von maschinellem Bleisatz auf computerisierten Lichtsatz) der Beruf des Setzers komplett hinfällig wurde. Ganz generell verschob sich in den siebziger Jahren die Dominanz von den Arbeitern zu den Beamten und Angestellten (Schäfers 1990, 160).

Bereits 1973 gab es einen Anwerbestopp für ausländische Arbeiter. 1976 lief ein Arbeitsbeschaffungsprogramm an mit Maßnahmen speziell zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – Jugendliche wurden überdurchschnittlich häufig arbeitslos. Ein Jahr später sind von der sozialliberalen Bundesregierung weitere Programme zum Abbau der Arbeitslosigkeit aufgelegt worden. 1978 wurde das Programm zur Minderung der Beschäftigungsrisiken von Jugendlichen beschlossen, 1979 ein weiteres Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Von den siebziger Jahren an sollte die Arbeitslosigkeit langfristig zunehmen und bis heute politisch nicht mehr beherrschbar werden.

Wenigstens erwähnt werden soll als ein drittes wichtiges charakteristisches Merkmal: die Entstehung und öffentliche Anprangerung *multinationaler Konzerne*, die ihre Absatzmärkte und später auch ihre Produktionsstellen ins Ausland verlagerten und damit kosten- bzw. profitträchtig nationale Gesetzgebungen aushebeln konnten. Das begann bereits mit der International Telephone and Telegraph Corporation ITT, die auf Nixon Einfluß genommen und sich am Militärputsch in Chile 1973 beteiligt haben soll. Und es endete noch längst nicht mit dem Schweizer Konzern Nestlé, dem 1974 vorgeworfen wurde, für den Tod von Säuglingen in der Dritten Welt verantwortlich zu sein, weil er Mütter in den Entwicklungsländern dazu verleitete, von der Brusternährung auf Flaschnahrung mit Milchpulver zu wechseln, wobei aber in diesen Kulturen hygienische Probleme entstanden.

Neben amerikanischen Unternehmen expandierten auch japanische und deutsche ins Ausland, und es gab zahlreiche verschiedene Formen der supranationalen Kooperation, vom „joint venture“ über massive Investitionen bis zu eigenen Tochterunternehmen. Die Multis exportierten in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß Arbeitsplätze in Billiglohnländer. Das war der Beginn des

Phänomens, das uns heute ganz selbstverständlich als Globalisierung bekannt ist.

Schlüsselbegriffe der Sozialgeschichte

Schlüsselphänomene wie die neue Ostpolitik Brandts, das neue Umweltbewußtsein und der politische Terrorismus hatten ebenso enorme Auswirkungen im sozialen Bereich wie die Öl- und Energiekrise, die neue Arbeitslosigkeit und die Herausbildung multinationaler kapitalistischer Konzerne im wirtschaftlichen Sektor. Sie haben jenen Wertewandel, der sich weltweit in den Industrieländern der sechziger Jahre in Form zunehmender Ausdifferenzierung vollzogen hat, im Sinne eines allgemeinen *Werterelativismus* verschärft. Werterelativismus indiziert Beliebigkeit und damit Orientierungs- und Sinnverlust. Die mit den fünfziger Jahren begonnene Diversifikation der Wertemuster und Lebensstile begann sich zum Problem zu entwickeln, die neuen Freiheiten führten zu Defiziten und Krisen.

Verbunden damit waren zahlreiche *strukturelle soziale Veränderungen* der Zeit, die relativ unspektakulär waren und erst in ihrer Kombination als Faktoren gesellschaftlichen Wandels erkennbar wurden. Einige Beispiele müssen hier genügen: So nahm die Zahl der Einpersonenhaushalte zu, von 25 % (1970) auf 30 % (1979). Das markiert den beginnenden Trend zum autonomen Single einerseits und eine zunehmende Isolation und Bindungslosigkeit des einzelnen andererseits. Dann ging die Zahl der Kinder deutlich zurück, prozentual zugunsten der älteren Menschen. Die heute unübersehbare Überalterung der Gesellschaft hat also bereits in den siebziger Jahren begonnen. Charakteristisch war auch der explosionsartige Anstieg der Asylanträge: von 6423 (1970) auf 92918 (1980). Neben den ausländischen Arbeitern, deren Zahl ebenfalls zunahm, trugen nun auch Asylanten, Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler zur Kulturenvielfalt bei. Daß sich die Gesamtzahl der bundesdeutschen Bevölkerung gleichwohl nicht veränderte, ist auf einen enormen Geburtenrückgang von rund 810 000 (1970) auf rund 580 000 (1979) zurückzuführen. Viele erlebten diesen Multikulti-Trend als Bedrohung und reagierten darauf zunehmend mit Aggressionen. Ferner nahmen auch Pendlerzahlen und Mobilität zu, das heißt, es gab für viele Menschen, bei denen Wohnort und Arbeitsort auseinanderfielen, mithin eine sinkende soziale Verankerung im lokalen Umfeld. Generell war die traditionelle bürgerliche Kernfamilie von Funktionsverlust betroffen, z. B. bezogen auf die Rolle der sich emanzipierenden Frau, die sich immer weniger als bloße Hausfrau und Mutter zufrieden gab, dann aber auch hinsichtlich der Autorität der Eltern gegenüber den Kindern oder in der zunehmenden Bedeutung der Massenmedien bei Sozialisation und Freizeitgestaltung. Die Pluralität der Familienformen, die sich entfaltete (Ehe, Wohngemeinschaft, Single-Haushalt, nichteheliche Lebensgemeinschaft, Beziehung auf Probe, Adoptivfamilie, Migrantenfamilie u. a.),

bot zwar für den einzelnen neue Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und eines eigenbestimmten Lebens, weckte zugleich aber auch individuelle Ängste, soziale Abgrenzungen und Widerstände; traditionelle Erwartungen zerbrachen, soziale Kontexte wurden brüchig, alles lief auseinander, und der gesellschaftliche Wertekonsens war dahin. Bis heute sind die Probleme der Multikulti-Gesellschaft in Deutschland nicht bewältigt und haben eher zugenommen.

Der vielleicht wichtigste Schlüsselbegriff der Sozialgeschichte der siebziger Jahre schließlich war die *Neue soziale Frage*, wie sie bereits damals als solche diskutiert wurde. Darunter wird mehr verstanden als nur die neue Arbeitslosigkeit und ihre gravierenden sozialen Folgen, sondern allgemeiner die Frage nach den grundsätzlichen Fehlentwicklungen der Sozialordnung einer Gesellschaft, gemessen an der Idee der sozialen Marktwirtschaft, nach deren Ursachen und nach Strategien ihrer Überwindung. Sie wird nicht mehr im Sinne der „alten“ sozialen Frage, das heißt dem Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, verstanden, sondern – Krise des Wohlfahrtsstaates – als die Asymmetrie einer organisierten Minderheit und einer nichtorganisierten Mehrheit umschrieben (z. B. Dettling 1976, 47). Sie betrifft also nicht nur die Arbeitslosen im engeren Sinn, sondern ganz besonders auch Rentner, ältere Frauen und andere Gruppen unterhalb der Sozialhilfegrenze, speziell gesellschaftlich ausgegrenzte Randgruppen. Es geht dabei um Macht und Einfluß, auch um die Frage der Verantwortung der Besitzenden, Mächtigen, Organisierten gegenüber den Armen, Machtlosen, Unorganisierten. Soziale „Krankheitsbilder“ (Dettling 1982, 18) wie zum Beispiel die damalige Kostenexplosion im Gesundheits- und im Bildungswesen verweisen dabei auf Probleme des Staates bei der generellen Steuerung von sozialen Bedingungen und bestehenden Interessengegensätzen (z. B. Geißler 1976).

Als Zwischenbilanz kann gelten: In allen drei gesellschaftlichen Teilbereichen haben sich in den siebziger Jahren übergreifende und grundsätzliche Verschiebungen ergeben, die bis heute nicht bewältigt sind. Im politischen System waren das die zunehmende Annäherung der großen bürgerlichen „Parteien der Mitte“ aneinander und, zumindest partiell und für eine begrenzte Zeit, der Wandel von einer repräsentativ-demokratischen zu einer eher basisdemokratischen Gesellschaft. Im wirtschaftlichen System vollzog sich verstärkt der Übergang von der Handarbeit zur industriellen Fertigung und zugleich von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft. In den siebziger Jahren ging die Dominanz sowohl bei den Erwerbstätigen als auch beim Bruttosozialprodukt vom sekundären auf den tertiären Sektor über (Schäfers 1990, 151 f.). Und im sozialen System war die Umwälzung von der Arbeits- zur Freizeit-, Muße- und Konsumgesellschaft zu beobachten.

Ergänzungen zum kulturellen System

Was bedeuten solche Schlüsselbegriffe und Eckdaten für das kulturelle System des Jahrzehnts? Paradoxerweise bot der politische Rahmen mit seinen Reformen Freiraum für neue kulturelle Schwerpunkte und Initiativen, die sozial auch erwünscht, notwendig waren und im Ansatz sogar durchgesetzt wurden, aber von der ökonomischen Lage gebremst. Zahlreiche Teilkulturen wie etwa Architektur, Wohnkultur, Design, Bildende Kunst, Zeitschrift, Theater oder auch Telefon, Radio und Fernsehen wiesen gegenüber den sechziger Jahren keine gravierenden Umbrüche auf, sondern waren überwiegend kontinuierliche Fortschreibungen bereits früher begonnener Entwicklungen. Dazu nur drei Beispiele:

- Der Boom des *Telefons* und der Nutzung dieses Mediums für die Individualkommunikation setzte in der Bundesrepublik in den siebziger Jahren voll ein, war aber bereits abzusehen. 1969 waren 31 % aller bundesdeutschen Haushalte mit Telefon ausgestattet. Im Jahr 1973 gab es dann 11,7 Millionen Hauptanschlüsse, das heißt 51 % Telefon-Haushalte; und das Medium wurde immer intensiver genutzt: Allein in diesem Jahr fanden 9,4 Milliarden Ortsgespräche und 4,4 Milliarden Ferngespräche statt. Im Jahr 1978 waren schließlich 70 % aller bundesdeutschen Haushalte mit einem Telefonanschluß versorgt (Faulstich/Rückert 1993, 509).
- Die entsprechenden Stichworte zum *Fernsehen* lauten: Kommerzialisierung, zunehmende Differenzierung der Programme, der Stars und Leitbilder, der Nutzung, der Funktionen nach Zuschauer- bzw. Zielgruppen, insgesamt die Dominanz entpolitisierte Unterhaltung (Hickethier 1998).
- Oder beim *Theater* setzten sich die Finanzkrise, der Besucherschwund und die Strukturkrise der sechziger Jahre fort. Protesttheater, Straßentheater, Antitheater und andere Neuansätze verkümmerten wieder zugunsten des etablierten, institutionalisierten bürgerlichen Theaterbetriebs. Ende der siebziger Jahre mußte jeder Theaterbesuch bereits mit über 60 DM subventioniert werden (1990 waren es über 120 DM), und jährlich gingen im Durchschnitt 100 000 Menschen weniger ins Theater.

Manche Entwicklungen, die heute unübersehbar und selbstverständlich sind, waren erst in undeutlichen Ausprägungen sichtbar. Auch dazu nur zwei Beispiele:

- Der Durchbruch der digitalen Medien und der *Computerkultur* kündigte sich an. 1972 wurde das ARPANET präsentiert, dem sich zahlreiche lokale Universitätsnetze anschlossen. 1975 wurden die TCP/IP-Protokolle kostenlos zur Verfügung gestellt; sie ermöglichten ein „Netz der Netze“, das spätere „Internet“. Und die ersten Home-Computer als Videospiele verbreiteten sich.
- Ferner begann auch die Wirtschaft, mit neuen PR- und Werbestrategien Kunst und Kultur in nicht gekannter Intensität in ihren Griff zu nehmen. Man usurpierte Schlüsselbegriffe der Psychologie und Theologie und über-

trug sie verschleiern und anmaßend auf krude Profitinteressen. Auf einmal ging es um Unternehmens„philosophie“, um „Identitäts“-Management, um das „Yin und Yang“ von Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit, um blanke Werbung unterm Deckmäntelchen von Sport- und Kultur- und Sozio- und Öko-„Sponsoring“.

Letzteres muß in den umfassenderen Kontext einer neuen „Werbekultur“ eingeordnet werden. Auch andere Sektionen des kulturellen Systems der siebziger Jahre verdienen mehr Aufmerksamkeit. In Einzelbeiträgen wird versucht, den facettenreichen kulturellen Wandel in dieser Zeit ausführlicher zu rekonstruieren. Den Medien wird dabei wieder eine besondere Rolle zugeschrieben: der Tagespresse, der Fotografie, dem Film, den Kindermedien. Gesonderte Darstellungen finden aber auch Literatur und Literaturbetrieb, Religion und religionsähnliche Erscheinungen wie Sekten, Esoterik und Psychogruppen, die Sportkultur, die Pädagogik mit ihren alternativen Erziehungsstilen und Kinderläden sowie die umfangreiche Musikkultur im klassischen ebenso wie im populären Sektor. Dem kulturellen Bereich zugerechnet werden ferner die massiven Veränderungen im bundesdeutschen Rechtssystem, das Wohnen und Reisen, und auch die Entdeckung von Umwelt und Frieden hat Auswirkungen auf Kultur und Kommunikation, die eine gesonderte Thematisierung verdienen. Zum Abschluß muß schließlich als charakteristisch auch die neue Frauenbewegung behandelt werden – das in seiner Bedeutung vielleicht gewichtigste kulturelle Phänomen dieses Jahrzehnts.

Wollte man versuchen, die Vielzahl der Perspektiven und Einzelbefunde auf einen Nenner zu bringen, so ließe sich ein klares Signum benennen. Auf der einen Seite gibt es eine beeindruckend große Vielfalt der Teilkulturen und kulturellen Segmente. Manche der Utopien und Träume der sechziger Jahre wurden verlängert und umgesetzt wie etwa in der Friedens- und Umweltbewegung, im Bereich der Erziehung oder im Rechtssystem. Auch in Teilen der Rockmusik und vor allem in der Frauenbewegung läßt sich der alte Aufbruchsimpetus gut verfolgen. Auf der anderen Seite war das Jahrzehnt kulturell aber auch von Rückzug und Resignation bestimmt, von Niederlagen und Katastrophen, von der Erfahrung von Verlustängsten und dem Versuch ihrer Bewältigung. Und es gehört zum Charakteristikum dieser Phase, daß die kulturelle Revolution in die Alltagskultur gleichsam aufgesogen und dabei aufs Machbare zurückgeschnitten wurde. Die entstehende extreme kulturelle Ausdifferenzierung verlor sich vielfach in individuellen Selbstverwirklichungsnischen; die Einheitlichkeit eines alternativen Wertesystems war verlorengegangen. Am Ende des Jahrzehnts hatten sich die Ansätze der Gegenkultur aus den sechziger Jahren als Träume vielfach aufgelöst und allenfalls gebremst verwirklicht – waren selber real geworden: Mainstream-Kultur. Wenn also „Diversifikation“ und „Jugendkultur“ als die Schlüsselbegriffe für die fünfziger Jahre gelten können und „Protestkultur“ und „Wertewandel“ als zentrale Kategorien für die sechziger Jahre, dann gelten für die siebziger Jahre ohne Zweifel die Schlüsselbegriffe „Kulturenvieelfalt“ und „Pragmatismus“. Das

heißt übergreifend: Kultur verlor ihre gesellschaftsprägende Kraft. Zwar nahm die Politik anfänglich noch entsprechende Impulse gestaltend auf, aber ökonomische Verwertungsinteressen durchsetzten immer stärker alle Facetten des kulturellen Lebens, allem voran die Medien. Die Formel für die siebziger Jahre lautet deshalb: Kultur auf dem Rückzug in kleine Sinninseln oder Die Instrumentalisierung des kulturellen Systems durch die Wirtschaft.

Literaturverzeichnis

- Ankowitzsch, Anko (Hrsg.): Alles Bonanza! Ein Album der 70er – zusammengetragen von Surfern im Internet. Reinbek 2001.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4 Bde. Frankfurt/Main 1989.
- Caspers, Markus: 70er. Einmal Zukunft und zurück. Utopie und Alltag 1969–1977. Köln 1997.
- Dettling, Warnfried u. a.: Die Neue Soziale Frage und die Zukunft der Demokratie. Bonn 1976.
- Dettling, Warnfried: Die „Neue Soziale Frage“. In: Heribert J. Becher (Hrsg.), Die Neue Soziale Frage. Zum soziologischen Gehalt eines sozialpolitischen Konzepts. Opladen 1982, S. 1–32.
- Die bösen 70er. In: Stern 1 (1980), S. 71–110.
- Die 70er Jahre. Unser Jahrhundert in Wort, Bild und Ton. Die Große Bertelsmann-Lexikothek. Gütersloh 1992.
- Faulstich, Werner (Hrsg.): Die Kultur der fünfziger Jahre. München 2002.
- Faulstich, Werner (Hrsg.): Die Kultur der sechziger Jahre. Paderborn 2003.
- Faulstich, Werner und Corinna Rückert: Mediengeschichte in tabellarischem Überblick von den Anfängen bis heute. 2 Bde. Bardowick 1993.
- Geißler, Heiner: Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente. Freiburg 1976.
- Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3: Zwischen Protest und Anpassung (1968–1989). München, Wien 1989.
- Harprecht, Klaus: Entwicklungstendenzen und Hauptereignisse in den 70er Jahren. In: Die 70er Jahre. Unser Jahrhundert in Wort, Bild und Ton. Die Große Bertelsmann-Lexikothek. Gütersloh 1992, S. 156 ff.
- Herman, Jost: Die Kultur der Bundesrepublik Deutschland, 1965–85. München 1988.
- Hickethier, Knut: Geschichte des deutschen Fernsehens. Stuttgart, Weimar 1998.
- Pauser, Susanne, Wolfgang Ritschle und Harald Havas (Hrsg.): Faserschmeichler, Fönfrisuren und die Ölkrise. Wien 2000.
- Piegler, Andreas und Andreas Teltscher: Das waren die 70er. Wien (o.J.).
- Schäfers, Bernhard: Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland. Ein Studienbuch zur Sozialstruktur und Sozialgeschichte der Bundesrepublik. 5., völl. neu bearb. u. erweit. Auflage Stuttgart 1990.
- Schneider, Irmela, Christina Bartz und Isabell Otto (Hrsg.): Medienkultur der 70er Jahre: Information/Kommunikation. Diskursgeschichte der Medien nach 1945, Teil 3. Wiesbaden 2004.
- Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1949–1990. Darmstadt 1996.

Waldrep, Shelton (Hrsg.): *The Seventies. The Age of Glitter in Popular Culture*. New York, London 2000.